Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1866

5.12.1866 (No. 289)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 5. Dezember.

Nr. 289. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1866.**

Amtlicher Theil.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben am 30. Nov. d. J. gnädigst geruht:

den Amtsrichter Sengler in Ettenheim zum Amtsgericht Mannheim zu versetzen;

den Sekretär Schrempp beim Kreis- und Hofgericht Offenburg zum Amtsrichter in Ettenheim, und

den Referendär Heinrich Kohlund in Waldshut zum Sekretär beim Kreis- und Hofgericht Offenburg zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Frankfurt, 1. Dez. (Köln. Ztg.) Im heutigen Amtsblatt werden durch eine Bekanntmachung des Majors und Bezirkskommandanten Gericke alle Personen des Soldatenstandes vom Feldwebel bezw. Wachtmeister einschl. abwärts aus den ehemalig hannover'schen, kurhessischen, nassauischen und hessen-homburgischen Landen nebst Rödelheim, welche sich im Gebiet der Stadt Frankfurt a. M. aufhalten und nach ihrem bisher giltig gewesenen vaterländischen Gesetz noch wehrpflichtig sind, aufgefordert, sich bei den hier stationirten Bezirks-Feldwebeln unter Vorzeigung ihrer Militärpapiere vom 10. bis 16. Dez. zu melden. Der Landwehr-Bataillonsbezirk Frankfurt a. M. ist in 4 Kompagniebezirke eingetheilt. — Alle jungen Leute, die sich als einjährig Freiwillige gemeldet haben (bezw. deren Angehörige, wenn jene im Ausland sich befinden), haben am 5. Dez. zur Musterung zu erscheinen. Ebenso müssen Diejenigen, welche Gesuche um Befreiung vom Militärdienste (bezw.) Zurückstellung eingereicht haben, in den sie betreffenden Terminen am 5., 6. oder 7. Dez. erscheinen.

München, 2. Dez. (A. Ztg.) Zwei Dienstnachrichten, welche die „Bayer. Ztg." heute veröffentlicht, werden, namentlich die zweite, vielfach im Lande überraschen, jedenfalls kommen sie sehr unerwartet; es hat nämlich Se. M. der König durch Entschließung vom 28. Nov. den Präsidenten der Regierung von Niederbayern, v. Schilcher, unter wohlgefälliger Anerkennung seiner langjährigen, in Treue und Eifer geleisteten ausgezeichneten Dienste, vom 1. Dez. l. J. an, vorbehaltlich anderweitiger Verwendung, in den Ruhestand treten lassen, und auf die Stelle eines Präsidenten der Regierung von Niederbayern den Regierungpräsidenten der Pfalz, Gustav v. Hohe, berufen.

München, 3. Dez. Der „Allgem. Ztg." wird „aus zwei glaubwürdigen Quellen" ein zu erwartendes Ministerium Hohenlohe als sehr wahrscheinlich bezeichnet, mit dem Beifügen:

Schon vor fünf bis sechs Wochen wurde (im Gebirge) mit dem Fürsten Hohenlohe wegen Uebernahme des auswärtigen Ministeriums unterhandelt, Hohenlohe's Programm dem v. d. Pfordten'schen, d. h. dem des Zuwartens, gegenüber dem König mitgetheilt, und das Hohenlohe'sche eines Anschlusses an Preußen auf bundesrechtlicher Grundlage genehmigt. Definitive Entscheidung soll alsbald nach Rückkehr des Fürsten aus Polen, wohin er sich in Angelegenheiten seiner Familie begeben hat, zu erwarten sein.

Darmstadt, 29. Nov. (Mainz. Ztg.) Soweit wir die bis jetzt vollendeten Wahlmänner-Wahlen übersehen können, wird das Ministerium in der neuen Kammer die Majorität erlangen. Von den 16 Abgeordneten der Provinz Starkenburg werden nur 3 bis 4 der Fortschrittspartei angehören, die 12 oder 13 übrigen der ministeriellen Partei. In der Provinz Oberhessen scheinen beide Parteien gleich stark zu sein. Anders in Rheinhessen. Unter den Abgeordneten Rheinhessens wird sich wahrscheinlich nur ein einziger Ministerieller befinden. Hienach dürfte die Fortschrittspartei im Ganzen 18 bis 20 Abgeordnete durchsetzen, das Ministerium ebenfalls 18 bis 20. Die 6 Adeligen werden also mit den Altliberalen den Ausschlag geben.

Dresden, 1. Dez. (Dresden. Journ.) Der bisherige königl. hannover'sche Gesandte am hiesigen Hof, Geh. Rath v. Stockhausen, ist abberufen worden. — Heute ist der Bericht der ersten Deputation der Ersten Kammer, den zwischen dem Königreich Sachsen und Preußen abgeschlossenen Friedensvertrag betreffend, vertheilt worden. Die Deputation sagt in demselben:

Die weltgeschichtlichen Ereignisse, welche dem Friedensschluß zwischen Sachsen und Preußen vom 21.—24. Okt. vorhergegangen sind, sind bekannt. Die Würfel des Kriegsglückes sind gegen uns gefallen; auf den Schlachtfeldern vor Königgrätz haben wir und die Sache, die wir zu vertheidigen für Recht und Pflicht hielten, unterlegen. Die Friedensbedingungen, die uns als den Letzten nach langem Harren Preußen auferlegt hat, sind schwerlastend für uns, obschon wir nicht vergessen dürfen, daß sie noch härter ausfallen konnten. Sie zu ändern oder besser zu gestalten, steht außer unserer Macht. Wir müssen sie also als vollendete Thatsache so hinnehmen, wie sie sind, und uns ihnen unterwerfen; selbst auf einige Dunkelheiten in dem Friedensvertrag hinzuweisen, ist überflüssig. Genug, daß Sachsen aus dem Chaos der Ereignisse und Meinungen seine Waffenehre und sein Gewissen unbefleckt hindurchgetragen hat. Es wird ebenso sein gegebenes Wort zu halten wissen. Hoffen wir von der Zukunft eine günstige Gestaltung der Verhältnisse unseres engern und weitern Vaterlandes und insbesondere die Verwirklichung der Artikel I, II und III der Grundzüge der Bundesverfassung vom 10. Juni 1866, wonach der zu gründende neue Bund auch die süddeutschen Staaten mit umfassen solle.

Im Uebrigen verweist die Deputation auf den Bericht der ersten Deputation der Zweiten Kammer über den gleichen Gegenstand und beantragt schließlich:

Die Erste Kammer wolle bewandten Umständen nach: 1) von einer Spezialberathung des Friedensvertrags und seiner Beilagen absehen; 2) zu dem zwischen dem Königreich Sachsen und Preußen unter dem 21. Oktober 1866 abgeschlossenen Friedensvertrag nachträglich die ständische Zustimmung erklären; 3) die Staatsregierung zur Ausführung der in dem Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen, so weit es dessen bedarf, ermächtigen; ingleichen 4) die Anwendung des Expropriationsgesetzes auf die im Artikel 13 des Friedensvertrags erwähnte Eisenbahn genehmigen, und sich demgemäß in Gemeinschaft mit der Zweiten Kammer gegen die Regierung erklären.

Der König hat die Errichtung eines königl. sächsischen Generalkonsulats für das Großherzogthum Hessen beschlossen und seinen bisherigen Konsul zu Frankfurt a. M., Kaufmann Jakob Gerson, zum Generalkonsul ernannt.

Dresden, 3. Dez. Die Erste Kammer trat heute einstimmig den genehmigenden Beschlüssen der Zweiten Kammer bezüglich des Friedensvertrags bei. Die Debatte war ziemlich lebhaft.

Schwerin, 1. Dez. (Nat.-Ztg.) Das Regierungsblatt veröffentlicht heute eine Verordnung in Betreff der Wahlen zum norddeutschen Parlament. Ein besonderer Paragraph regelt das Verfahren, welches für die Vorversammlungen der Wahlberechtigten gelten soll, in folgender Weise:

Die zur Vornahme der Wahl von Abgeordneten berufenen Versammlungen der Wähler dürfen sich mit keinem andern Gegenstand als der Wahl beschäftigen. Dagegen wollen Wir, um eine Verständigung über die vorzunehmenden Wahlen zu erleichtern, für den zwischen der Ausschreibung der Wahlen und deren Vollziehung liegenden Zeitraum gestatten, daß die Genehmigung zu öffentlichen Versammlungen von Wahlberechtigten ausnahmsweise nicht von Unserem Ministerium des Innern, wie es nach Unserer Verordnung vom 27. Jan. 1851 erforderlich sein würde, sondern von den Ortsobrigkeiten ertheilt werde, jedoch mit der Beschränkung, daß solche Versammlungen nicht unter freiem Himmel und nicht an Sonn- und Festtagen stattfinden, auch sich nicht mit sonstigen, der bevorstehenden Wahl fremden politischen Zwecken beschäftigen dürfen. Versammlungen, welche diese Schranken nicht inne halten, gelten als unerlaubte, und ist nach den bestehenden Gesetzen gegen sie einzuschreiten.

Berlin, 3. Dez. (Volks-Ztg.) Die Dotationskommission hielt am Samstag ihre letzte Sitzung. Der von dem Abg. Stavenhagen abgefaßte Bericht liegt bereits vor. In seinem Eingang erwähnt er die bereits bekannten Vorgänge in der ersten öffentlichen Sitzung der Kommission; es fanden darauf, nachdem laut Beschluß des Plenums die Oeffentlichkeit ausgeschlossen worden war, noch zwei geheime Sitzungen statt, als deren Ergebniß die Kommission in ihrer Majorität den Antrag stellt:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verleihung von Dotationen in Anerkennung hervorragender, im letzten Kriege erworbener Verdienste in folgender Fassung seine Zustimmung zu ertheilen:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c., verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Zur Verleihung von Dotationen an den Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck, in Anerkennung der von ihm so erfolgreich geleiteten äußern preußischen Politik, und an diejenigen preußischen Heerführer, welche in dem letzten Kriege zu dem glücklichen Ausgang desselben in hervorragender Weise beigetragen haben, die Generale der Infanterie v. Roon, Frhr. v. Moltke, Herwarth v. Bittenfeld, v. Steinmetz, Vogel v. Falckenstein, wird eine Summe von Einer und einer halben Million Thalern aus den eingehenden Kriegsentschädigungen bereit gestellt. — Die Vertheilung dieser Summe bleibt königl. Bestimmung vorbehalten. Gegeben 2c.

Die anwesenden Minister stimmten dieser Fassung bei und erhoben auch gegen die Aufnahme des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck in den Gesetzentwurf keinen Widerspruch.

Ueber die Verhandlung, welche zu diesem Beschluß führte, erwähnt der Bericht noch Folgendes:

In der ersten geheimen Sitzung der Kommission erklärten die Minister sich für ermächtigt, die Namen der Generale der Infanterie v. Roon, Frhr. v. Moltke, Herwarth v. Bittenfeld, v. Steinmetz und Vogel v. Falckenstein als diejenigen zu nennen, denen die Dotationen verliehen werden sollten. Die Staatsregierung müsse sich aber dagegen aussprechen, daß diese Namen in dem Gesetz genannt würden; sie habe den dringenden Wunsch, daß das Gesetz in seiner ursprünglichen Fassung (ohne Nennung der Namen) angenommen werde. Als dann im weitern Verlauf der Diskussion die Mehrzahl der Mitglieder der Kommission sich wiederholt dafür erklärte, daß die Nennung der Namen im Gesetz unerläßlich erscheine, äußerten die Minister sich dahin: Die Staatsregierung müsse es ablehnen, für die Nennung der Namen in dem Gesetz die Initiative zu ergreifen, und abwarten, ob die Kommission die von der Regierung genannten Namen in das Gesetz einfügen werde. Die Majorität der Kommission acceptirte hierauf zunächst die von der Staatsregierung genannten 5 Namen; es wurde dabei aber von mehreren Mitgliedern der Kommission geltend gemacht, daß es geboten erscheine, an erster Stelle unter den zu dotirenden Personen den Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck zu nennen. Ein darauf gerichteter Antrag wurde von der Majorität angenommen.

Nachdem hierauf die Kommission beschlossen hatte, das erste Alinea in der oben angegebenen Fassung anzunehmen, wurde in Betracht des zweiten Alinea der Antrag, zu sagen: „die Verwendung der Summe erfolgt durch königl. Verordnung", zurückgezogen, da er durch Nennung der Namen seine Bedeutung verloren hatte, und ebenso erachtete die Kommission das dem Hause bereits vorliegende Amendement v. Kardorff [Hinzufügung der Worte: „und Staatsdiener"] dadurch erledigt. Dagegen wurde die Substituirung des Wortes Vertheilung anstatt Verwendung als selbstredend beschlossen.

Endlich wurde von einem Mitglied der Kommission der Antrag gestellt, daß auch die Vertheilung der Summe an die in dem Gesetz genannten Personen diesem eingefügt werde. Auf den Widerspruch der Staatsregierung wurde dieser Antrag jedoch von der Majorität abgelehnt und das zweite Alinea in der oben angegebenen Fassung angenommen.

Berlin, 3. Dez. Der „Nordd. Ztg." zufolge entbehren die Nachrichten auswärtiger Blätter, daß Se. Maj. der König von Preußen Sr. Heil. dem Papst einen Aufenthalt in Preußen angeboten oder gar ein Truppenkorps zur Verfügung gestellt habe, jeder Begründung. Es sind weder solche Anerbietungen von Preußen gemacht, noch vom Papst derartige Wünsche ausgesprochen. — Einer Verfügung des k. General-Postamts zufolge wird zum 1. Januar k. J. das Postwesen im Hannover'schen mit dem Postwesen in den alten preußischen Landestheilen verschmolzen werden. Ebenso sollen nach einem Gerücht Verhandlungen mit einzelnen Regierungen des norddeutschen Bundes wegen Uebernahme der obersten Leitung der bez. Postverwaltungen durch Preußen statthaben, mit welchem die Anwesenheit des Chefs der Hamburgischen Staatspost, Oberpostdirektor Schulze, in Berlin in Zusammenhang gebracht wird. — Der „Nat.-Ztg." zufolge sind hier bereits von den aus den hannover'schen Staatskassen nach England gebrachten Effekten einzelne Stücke (von der 1862er russisch-englischen Anleihe) vorgekommen und angehalten worden. — Durch Kabinetsordre ist vor kurzem Bestimmung über die Offiziere und Militärbeamten des ehemaligen landgräfl. hessen-homburgischen Kontingents getroffen worden. Danach sind die drei Stabsoffiziere mit Pension zur Disposition gestellt, sieben Subalternoffiziere aber in preußische Truppentheile versetzt. Die Ersteren sind der Oberstleutnant v. Silber, der Major v. Raunfels, der bei der Pensionirung zugleich den Charakter als Oberstleutnant erhält, und der Major Frhr. v. Buseck.

Berlin, 3. Dez. (Köln. Ztg.) Wegen des Wahlgesetzes für den künftigen definitiven Reichstag soll in dem preußischen Entwurf noch nichts bestimmt sein. Man glaubt indessen, daß, wenn keine anderweitige Einigung über diesen Punkt mit den Regierungen erfolgt, es bei dem allgemeinen Wahlrecht auch für den künftigen Reichstag verbleiben werde. — In Abgeordnetenkreisen erwartet man eine schleunige Behandlung der Vorlage wegen des Wahlgesetzes für die neuen Provinzen durch die Kommission, damit, wenn die Verfassungsänderungen auf einem andern Wege, als dem der königl. Verordnungen, vom Hause beschlossen würden, die verfassungsmäßigen Fristen spätestens im Januar eingehalten werden können. — Der Kronprinz konferirte gestern im auswärtigen Amt mehrere Stunden mit dem Grafen Bismarck.

Oesterreichische Monarchie.

†† **Wien**, 2. Dez. Für die allernächsten Tage ist die bis jetzt nur durch die Erkrankung des Handelsdirektors im auswärtigen Amt, Hrn. Herbet, verzögerte Ankunft der Bevollmächtigten angekündigt, welche hier den österreichisch-französischen Handelsvertrag zum Abschluß zu bringen haben. Da in der Sache selbst kein Hinderniß mehr besteht, so dürften wenige Sitzungen genügen, die Unterzeichnung des Vertrags zu ermöglichen.

Wien, 3. Dez. (Köln. Ztg.) Der Gesandte des neapolitanischen Exkönigs erhielt sein Abberufungsschreiben.

Donaufürstenthümer.

Bukarest. Ueber die gegenwärtige Finanzlage der rumänischen Regierung läßt sich der französische „Moniteur" aus dem Budgetbericht des Finanzministers Folgendes mittheilen. Man sieht, daß die neue Regierung Alles, was in ihren Kräften steht, aufbietet, das ihr von früher her überkommene Defizit zu decken. In jedem Ministerium sind Reduktionen vorgenommen und dadurch eine Ersparniß von 17,001,094 Fr. erzielt worden. Die Ausgaben für dieses Jahr belaufen sich somit auf nur 148,771,427 Piaster oder 55,565,343 Fr., die Einnahmen freilich nur auf 135,098,490 Piaster; doch beträgt das Defizit jetzt nur noch 13,673,027 Piaster oder 5,249,231 Fr., die mittelst einer am 15. Juli beschlossenen Anleihe gedeckt werden sollen. Die der Liquidationskasse zur Tilgung der schwebenden Schuld, welche

71,373,880 Piaster beträgt, zugewiesenen Einkünfte (Steuerrückstände, Tabaksverkaufs-Erträge und 10 Mill. Nationalanleihe) berechnet der Finanzminister auf 82,599,000 Piaster; doch dürfte schwerlich so viel zusammenzuschaffen sein.

Italien.

* **Florenz**, 2. Dez. Der Kriegsminister hat eine Kommission ernannt, um die Fragen bezüglich der Rekrutirung, der Organisation und der Taktik der Armee einer Prüfung zu unterwerfen. — General Fleury ist nach Venedig abgereist.

* **Florenz**, 3. Dez. Die „Nazione" widerlegt das Gerücht, daß Hr. Vegezzi sich weigere, nach Rom zu gehen und daß diese Mission einer andern Persönlichkeit angeboten worden sei. Hr. Vegezzi habe zwar einige Einwendungen von untergeordneter Bedeutung erhoben, aber es sei sehr wahrscheinlich, daß er nach Rom gehen werde. Dasselbe Blatt sagt: „Es bestätigt sich, daß der Papst den Wunsch geäußert hat, Hrn. Vegezzi zu sehen."

Frankreich.

* **Paris**, 3. Dez. Der „Moniteur" bringt heute eine Reihe von Nachrichten aus Mexiko, welche das englische Paketboot „La Seine" mitgebracht hat. Dieselben sind indessen ziemlich dürftig ausgefallen; sie betreffen verschiedene Gefechte mit wechselndem Erfolg, und melden über die augenblickliche politische Lage so gut wie nichts; von General Castelnau ist gar nicht die Rede. „Bei Abgang der Post, 1. Nov., befand sich der Kaiser Maximilian — wie es in dem Moniteur-Bericht heißt —, den seine durch das Wechselfieber geschwächte Gesundheit zu einer Reise nach Orizaba veranlaßt hatte, seit dem 27. Okt. daselbst, und man wußte nicht, wie lange der Aufenthalt Sr. Maj. in dieser Stadt dauern werde. Marschall Bazaine ist nach einer raschen Rundreise durch den Staat Puebla am 10. Okt. wieder nach Mexiko zurückgekehrt."

Die „France" gibt eine Reihe haarsträubender Geschichten über das schreckliche Verfahren der Juaristen. Diese Geschichten sind imperialistischen Blättern entlehnt und entwerfen ein schauerliches Bild von den Gewaltthätigkeiten, deren sich die Dissidenten schuldig machen sollen. Sie fügt diesen Erzählungen folgende Bemerkung hinzu: „Die Lage, welche alle diese Thatsachen charakterisiren, ist eben so traurig als bedenklich. Binnen einiger Zeit, wenn man von neuem Juarez und die anderen Prätendenten wird am Werk gesehen haben, werden die zivilisirten Völker zu würdigen wissen, wer die wahren Befreier Mexiko's waren."

Der „Avenir nat." läßt sich aus Rom telegraphiren, daß der Abmarsch der französischen Truppen diesen Morgen angefangen hat. Die Stadt ist ruhig. Dasselbe Blatt erfährt aus Florenz, daß Hr. Vegezzi nächsten Freitag von dort nach Rom reisen werde. — Heute sind die Marschälle und die Kommandanten der großen Militärkreise auf dem Kriegsministerium zu einer Sitzung zusammengetreten, um sich wegen des Avancements der höhern Offiziere zu berathen.

♁ **Paris**, 3. Dez. Vorgestern wurde dem amerikanischen Gesandten die goldene Medaille übergeben, welche die französische Demokratie der Wittwe Abraham Lincoln's anbietet. Bekanntlich war die Subskription auf 10 Cent. festgestellt; 44554 Personen haben unterzeichnet. — Den Berichten des „Monde" aus Rom zufolge scheint man im Vatikan Angesichts der verfallenden September-Konvention und der wahrscheinlichen Folgen derselben noch zu keinem Entschluß gelangt zu sein. Fest steht nur, daß der Papst sich am 5. nach Civita-Vecchia begeben wird. — Gestern begann, unter großem Zudrang, P. Hyacinth seine Advent-Predigten in der Notre Dame-Kirche. Seine Vorträge über die „Anwendung der Moral auf die Familie" leitete er durch eine Betrachtung über die dem Papstthum gemachte Lage ein. „Nicht nur die Augen aller Gläubigen sind auf die dem Papstthum drohende Krise gerichtet — sagte er —, sondern auch seine Feinde sind voll Besorgniß und Angst." — Von den am 7. Nov. im Café de la Renaissance unter der Anschuldigung von ungesetzlicher Versammlung verhafteten 41 Personen wurden 21 provisorisch in Freiheit gesetzt; 20 bleiben in Haft; die Präventivhaft dauert fast 1 Monat und die Untersuchung schreitet angeblich nicht vor. — Heute begannen vor den Assissen zu Poitiers die Verhandlungen wegen des Kassiers Lamirande. Vor Beginn der Debatten bestritt Hr. Lachaud, Anwalt des Angeklagten, die Gesetzlichkeit der zu Montréal erlangten Auslieferung und beantragte deren Nullitäts-Erklärung. — Bekanntlich ist die Dampffregatte „Gomer" zu Civita-Vecchia angelangt, um das 59. Linienregiment an Bord zu nehmen, welches am 5. oder 6. Dez. in Toulon erwartet ist. In diesem Augenblick vollenden 2 andere Fregatten ihre Ausrüstung, um am 11. Morgens die letzten französ. Truppen einzuschiffen. — Die Börse war mit der Liquidation beschäftigt; mit dieser Operation hörten auch die Geschäfte auf. Rente 69.72, Cred. mob. 588, ital. Anl. (offenbar wegen der Subskription auf lomb. Bons gehalten) 56.25.

Spanien.

Die Königin Isabella will am 9. Dez. eine Reise nach Lissabon vornehmen und über Ciudad Real und Badajoz am 11. Morgens in der Hauptstadt von Portugal eintreffen, wo sie am 12. und 13. offiziellen Empfang und Besuch bei der königl. Familie vornehmen, am 14. die Sehenswürdigkeiten von Lissabon in Augenschein nehmen will, um am 15. die Rückreise anzutreten. Ueber den eigentlichen Zweck dieser Reise gibt es allerlei Vermuthungen, wovon diejenige, welche zwischen den beiden bisher so feindlich gewesenen Königshäusern von einem Vermählungsplan wissen will, mit dem Gothaer Kalender sich schwer vereinen läßt, da der portugiesische königl. Prinz Karl erst am 28. Sept. 1863 geboren ist, während die älteste Tochter Isabella's schon am 20. Dez. 1851, die zweite 1861, die dritte 1862, und die vierte 1864 geboren ist. Vielleicht will Isabella blos zeigen, daß sie sich vor der iberischen Unionspartei nicht fürchtet. (Köln. Ztg.)

Dänemark.

Kopenhagen, 30. Nov. (Köln. Ztg.) Der Gesetzentwurf, betreffend die Ausstattung der Prinzessin Dagmar, ist nunmehr Seitens des Folkethings, und zwar ohne Diskussion, einstimmig angenommen und geht somit an das Landsthing. In Betreff des von dem Justizminister Leuning eingereichten Entlassungsgesuches ist ein Abkommen dahin getroffen, daß Hr. Leuning sein Gesuch um Entlassung zurücknimmt, dagegen vorläufig auf drei Monate von der Leitung des Justizministeriums dispensirt und während dessen vom Kultusminister, Kammerherrn Rosenörn-Theilmann, vertreten wird. Letzterer hat in diesen Tagen den Bevollmächtigten im Kultusministerium, Dr. Rosenberg, dessen ultra-skandinavische Tendenzen bekannt sind, und der als Korrespondent der skandinavischen „Nordischen Zeitschrift" genannt ist, aufgefordert, von seiner bisherigen publizistischen Thätigkeit abzustehen und diesfällige Garantien zu geben, eventuell aber um seine Entlassung einzukommen. Dr. Rosenberg hat sich für die letztere Alternative entschieden.

Türkei.

Konstantinopel, 1. Dez. Die offiziellen Blätter beobachten in neuester Zeit über die Verhältnisse in Kandia Stillschweigen. Die vollständige Pazifikation dieses Landes wird bezweifelt. Die den Insurgenten zur Unterwerfung gesetzte Frist ist abgelaufen und die Kämpfe sollen wieder begonnen haben. Die zum Tode verurtheilten Insurgenten hoffen begnadigt zu werden, da sich die Gesandten Rußlands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika für sie verwandt haben sollen.

Zur Kohlentarif-Frage.

Karlsruhe, 5. Dez. Die badische Eisenbahn und der Einpfennig-Tarif ist ein Thema, welches von den Organen der öffentlichen Meinung seit einiger Zeit bereits mit einer gewissen Vorliebe behandelt wird. Vorzugsweise sind es gewisse Stimmen aus Württemberg, welche, indem sie die liberale Haltung der württemb. Regierung feiern, nicht ermüden, Baden als den Störenfried hinzustellen, welcher in kurzsichtigem Eigennutz die Bemühungen seiner Nachbarn um das Zustandekommen zweckmäßiger Einrichtungen und billiger Tarife beim Bezug von Steinkohlen mittelst der Eisenbahn fort und fort zu vereiteln suche.

Eine kurze, ungeschminkte Darlegung des Sachverhalts wird vielleicht die Leser dieses Blattes in den Stand setzen, sich ein anderes Urtheil in der Sache zu bilden.

Bei der ganz eminenten Wichtigkeit der Steinkohle für das wirthschaftliche Leben unserer Zeit sind die von den Lagerstätten dieses Brennmittels entfernter wohnenden Konsumenten — und Konsument ist Jeder, er mag zugleich produziren oder nicht — an der Frage der Transportpreise der Steinkohle wesentlich betheiligt. Welche weitgreifende wirthschaftliche Folgen schließt nicht z. B. der eine Umstand in sich, daß der Zentner Steinkohle, der an der Ruhrgrube etwa zu 12 kr. verkauft wird, vermöge der Transportkosten in Mannheim auf 27 kr., in Karlsruhe auf 32 kr., in Zürich auf 45 kr., in St. Gallen auf 54 kr. zu stehen kommt! Was ist also natürlicher und berechtigter, als daß die große Industrie wie die kleinste Hauswirthschaft fort und fort auf Herabsetzung der Transportkosten für Steinkohlen drängt! Diesem berechtigten Streben verdankt der sogen. Pfennigtarif seine Entstehung. Soweit überhaupt die Eisenbahnen am Kohlentransport Theil nehmen, kann eine Transportgebühr von einem Pfennig norddeutsch, d. h. $^{29}/_{100}$ kr. süddeutsch für den Zentner und die Meile als das Minimum Dessen angesehen werden, was diese Transportanstalten für ihre Transportleistung ansprechen müssen. Außerdem pflegt unter dem Titel einer Expeditionsgebühr für je 100 Zentner Ladung ohne Rücksicht auf die Transportstrecke ein Thaler Zuschlag für die absendende und ebenso ein Thaler für die empfangende Bahnverwaltung erhoben zu werden. Liegt also die absendende und die empfangende Station im Gebiet einer und derselben Bahnverwaltung, so nimmt dieselbe zu dem Pfennig per Zentner und Meile noch zwei Thaler für je 100 Zentner in Anspruch; ist keines von beiden der Fall, so erhält die den Transit leistende Bahn nur die Pfennriggebühr.

In Aufnahme kam dieses Tarifsystem zunächst bei den im Steinkohlen- und Eisenrevier der Ruhr gelegenen Bahnen, welche vermöge dieser günstigen natürlichen Verhältnisse und ihrer geringern Bauschwierigkeiten von Haus aus in der Lage sind, billig zu betreiben, und welche durch massenhafte Transporte auf bedeutende Strecken nach großen Verbrauchsorten (Magdeburg, Berlin u. s. w.) sich in den Stand gesetzt sahen, einen eigenen Kohlentransport in regelmäßigen Zügen zu organisiren. Die regelmäßige Beförderung solcher Massentransporte nach gewissen Bestimmungsorten ist es hauptsächlich, welche eine wirthschaftliche Ausnutzung des Transportmaterials gewährt und ein Herabgehen auf die billigsten Transportpreise ermöglicht. Dazu tritt für gewisse Richtungen die Konkurrenz der Schifffahrt, welche ihrerseits gleichfalls den Beruf hat, namentlich Massentransporte zu den billigsten Taxen zu befördern.

Die Schifffahrt nun war es, welche in den Sommern 1864 und 1865 ihrer Aufgabe, die Ruhrkohlen an den Oberrhein zu fördern, nur sehr nothdürftig nachzukommen vermochte. Der Rhein, an ungewöhnlicher Wasserarmuth leidend, hatte seine Dienste nahezu gänzlich versagt. In diesem wirklichen Nothstand trat erstmals das Bedürfniß des ununterbrochenen Bezugs der Ruhrkohlen mittelst der Eisenbahnen dringend heran, und die badische Verwaltung war damals um Herstellung eines direkten Kohlenverkehrs von den Gruben nach den oberrheinischen Stationen eifrig bemüht. Gleichzeitig erhob sich in der Presse, in Vereinen und Versammlungen der Ruf um Herstellung des Pfennigtarifs für alle Steinkohlen-Transporte und für alle Eisenbahnen ohne Unterschied. Er hat sich auch, nachdem die Schifffahrt wieder flott geworden, nicht nur erhalten, sondern bereits wird auch, ohne Rücksicht auf die Verkehrs- und Betriebsverhältnisse der Bahnen, als das einzig richtige Tarifsystem allgemein der Pfennig für Zentner und Meile ohne jeden Zuschlag proklamirt.

Die königl. württembergische Regierung, mit Eifer bedacht auf Vorkehr gegen die Wiederholung ähnlicher Kalamitäten, wie diejenigen waren, welche der Sommer 1864 und noch mehr der 1865er der Befriedigung des Steinkohlen-Bedarfs brachte, veranstaltete im Januar 1866 einen Zusammentritt von Vertretern der an dem Steinkohlen-Transport nach Württemberg betheiligten Bahnen, wobei dem Vorschlag, für direkte Kohlen-Extrazüge mit mindestens 5000 Ztnrn. Ladung (25 Waggons) von der Ruhr nach Württemberg die Beförderungstaxe von 1 Pfennig für Zentner und Meile mit einem Zuschlag von je 1 Thlr. für 100 Ztnr. zu Gunsten der absendenden und der empfangenden Bahnverwaltung festzusetzen, von den meisten der Verwaltungen zugestimmt wurde. Württemberg selbst, welches in diesen Verkehr eine Taxe von $^{3}/_{10}$ kr. nebst einem fixen Zuschlag von 1 kr. für den Zentner (mithin 1 fl. 40 kr. für 100 Ztnr.) einzuwerfen sich bereit erklärte, hat sich damit unbestreitbar den Dank der Industrie seines Landes erworben. Seine Eisenbahn mußte zu diesem Zweck wohl bis an die äußerste Grenze der Taxermäßigung gehen. Und es thut dieser Anerkennung der Umstand nur wenig Eintrag, daß der von Württemberg eingeworfene Satz von $^{3}/_{10}$ kr. etwas höher ist, als der Pfennig (zu $^{29}/_{100}$ kr.); daß Württemberg so ziemlich für alle, seine Bahn benützenden Transporte auf den fixen Zuschlag von nahezu 1 Thlr. sich immerhin sichere Rechnung machen kann, da über die württembergische Bahn hinaus Kohlentransporte in geschlossenen Zügen kaum vorkommen werden, und daß hiernach für seine Hauptstadt Stuttgart nebst Umgebung und somit wohl für die Hauptmasse der Transporte bei einer Entfernung von nur beiläufig 10 Meilen von Bruchsal sich die württembergische Taxe immerhin etwas über $^{4}/_{10}$ kr. für den Zentner und die Meile, somit gegenüber dem Pfennigsatz sich noch ziemlich erträglich gestaltet, und daß endlich Württemberg sich für gewisse Strecken mit stärkerer Steigung noch außerdem einen weitern Taxzuschlag vorbehalten hat.

Die Konzessionen, welche Württemberg für den Bezug der Ruhrkohlen in geschlossenen Zügen gemacht hat, sind sonach immer noch bedeutend zu nennen, wenn sie schon nach den vorstehenden Andeutungen bei näherer Prüfung vielleicht in einem minder glänzenden Lichte erscheinen, als es auf den ersten Anblick der Fall sein mag.

Es mußte jedenfalls erhebliche Anerbietungen machen, wenn es die übrigen Bahnverwaltungen zu einem Eingehen auf den Pfennigtarif vermögen wollte. Und die letztern konnten sich in ihrer überwiegenden Mehrheit dem Projekte um so willfähriger zeigen, als es sich für sie zugleich darum handelte, den Steinkohlen-Transport nach den oberrheinischen Stationen, der sich bisher fast ausschließlich der Rheinroute bediente, der Schifffahrt dauernd abzunehmen und ihren Bahnlinien zuzuwenden. Mußte doch zu diesem Zweck der württemb. Betriebsverwaltung das Versprechen angesonnen werden, ihren eigenen Kohlenbedarf, der seither zu Schiff nach Mannheim gegangen war, fortan ausschließlich, also auch bei billigeren Wasserfrachten, im direkten Eisenbahn-Verkehr zu beziehen.

Bestrebungen dieser Art liegen Baden ferne.

Baden ist in der glücklichen Lage, in der Rhein-Schifffahrt keinen Feind, sondern einen werthvollen Verbündeten für seine allgemeinen Landesinteressen wie für seine Eisenbahn-Interessen insbesondere erblicken zu können. Baden kann und darf, zumal in einer so wichtigen Angelegenheit, den im direkten Verkehr der Eisenbahnen gehenden Gütern keine Konzessionen auf Kosten der Rhein-Schifffahrt machen.

Baden nimmt in der That Anstand, direkte Kohlenzüge von Mannheim nach Bruchsal zu dem Satze von einem Pfennig für Zentner und Meile, also bei 7 Meilen Entfernung um 2 kr. zu führen, während den zu Schiff in Mannheim anlangenden Kohlen der gleiche Satz nicht bewilligt werden kann.

Dabei kommt noch folgender Umstand in Betracht. Es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß die Kohlenladungen, welche in Mannheim oder Maxau aus den Rheinschiffen in die Eisenbahnwaggons verbracht worden sind, so bald als möglich aus den beengten Hafenräumlichkeiten entfernt und mit den nächst abgehenden kursplanmäßigen Zügen ihrer Bestimmung zugeführt werden. Dieses Verfahren entspricht ebenso den Bedürfnissen des Verkehrs, wie den Interessen der Verwaltung, welche nebenher in der Formirung von Extrakohlenzügen von mindestens 25 Wagen keinerlei Vereinfachung oder Förderung ihres Geschäftes, wohl aber eine unnöthige und unwillkommene Anhäufung von Transportmaterial erblicken könnte. Was also anderwärts für eine Begünstigung der Abfertigung geschlossener Kohlenzüge sprechen mag, trifft bei den zu Rhein ankommenden und auf die badische Bahn übergehenden Kohlen von vornherein nicht zu. Wohl aber hat man in Baden allen Grund, dem Transport in einzelnen Wagen sein Hauptaugenmerk zuzuwenden.

Betrachten wir in dieser Beziehung die Verhältnisse des eigenen badischen Konsumtionsgebietes. So bedeutend der Steinkohlen-Konsum in unserm Land ist, und so erfreulich der Aufschwung, den er im Verlauf der Zeit noch zu nehmen verspricht, so fehlt es hier fast ganz und gar an den Vorbedingungen, welche dem sog. Pfennigtarif zu Grunde liegen: nämlich an dem Bedürfniß der Errichtung regelmäßiger geschlossener Kohlenzüge nach gewissen Bestimmungsorten. An der ganzen langen Bahnlinie sind Städte mit Hunderttausenden von Einwohnern, sind großartige Fabriketablissements, für welche regelmäßige Kohlenzüge einzurichten wären, nicht zu finden. Die Bestimmungsstationen selbst sind wohl für Ausladung einzelner Wagen, nicht aber für Aufnahme ganzer Kohlenzüge eingerichtet; ein Bedürfniß, diese Einrichtungen zu treffen, liegt auch vorerst nicht vor.

Württemberg besitzt zwar in seiner Hauptstadt Stuttgart und in den Fabrikanstalten von Eßlingen und Wasseralfingen einige Verbrauchsorte von größerer Bedeutung. Für das übrige Land aber sind die Verhältnisse denen in Baden ziemlich gleich. Dem internen Konsum werden daher, auch

wenn es dazu kommt, daß die geschlossenen Kohlenzüge für Württemberg zum Pfennigsatz über die vorliegenden Bahnen gehen, fast durchweg die Kohlen in einzelnen Wagenladungen zu der höhern normalen Taxe auf der württemberg. Eisenbahn zugeführt werden. Das reelle Opfer, welches Württemberg seinem Zweck der Versorgung seines Landes mit billigen Steinkohlen zu bringen übrig bleibt, wird sich hiernach noch um ein Erhebliches erleichtern.

Wenn die Vorwürfe, mit welchen die badische Eisenbahn-Verwaltung bedacht wird, bisher nur ihr Verhalten gegenüber der Beförderung der Ruhrkohlen betreffen, hinsichtlich der Beförderung der Saarkohlen dagegen sie bislang verschont blieb, so kann sie hievon dankbar Notiz nehmen. Selbstverständlich aber wird es sein, daß sie für den Transport der Einen die gleichen Grundsätze anwendet, wie für den Transport der Andern. Die einen wie die andern Transporte kommen vorzugsweise über Mannheim und über Maxau auf die badische Bahn. Das thatsächliche Verhältniß, daß die Saargruben dem diesseitigen Verkehrs- und Konsumgebiet näher liegen als die Ruhrgruben, kann auf die tarifmäßige Behandlung derselben nicht von Einfluß sein.

Man ist also in Baden der Ansicht, daß eine und dieselbe billige Taxe für Saarkohlen wie für Ruhrkohlen, für die auf dem Rheine angekommenen wie für die im direkten Eisenbahn-Verkehr gehenden, für Transporte in einzelnen Wagen wie für geschlossene Züge, für Coaks wie für Kohlen, für die nach Württemberg bestimmten wie für die nach Baden bestimmten Transporte nicht bestehen solle. Indem Baden diesen Grundsatz befolgt, hat es das wohlerwogene Interesse seiner Bahn wie des ganzen Landes im Auge, und steht somit ganz auf demselben Boden wie Diejenigen, welchen es fort und fort gefallen mag, ihm eine unberechtigte Sonderstellung vorzuwerfen. Es ist übrigens forthin bereit, in einen direkten Kohlenverkehr mit der Ruhr — mit der Saar besteht er bekanntlich schon längst — mit Einwerfung billiger Transittaxen einzutreten, aber man muthe ihm nicht zu, Verhältnisse einzugehen, welche seiner wirthschaftlichen Stellung und Aufgabe zuwider sind. Am wenigsten aber wird man durch öffentliche Angriffe zum Ziel kommen, welche, wie z. B. in der „Schwäb. Chronik" zum „Schwäb. Merkur" vom 27. Nov. geschehen, offenbare Unwahrheiten zu Hilfe nehmen, wo u. A. behauptet ist, die Landesregierung in Baden halte an einem Kohlen-Frachtsatze von $^{49}/_{100}$ kr. per Zentner und Meile, und oberdrein einem Thaler Zuschlag fest. Man braucht nur einen Blick in die veröffentlichten Tarife zu thun, um von dem Kohlentarif der badischen Bahn einen andern Begriff zu bekommen.

Baden.

✗ Karlsruhe, 4. Dez. Die Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe hat am 28. v. M. ihre 14. Generalversammlung abgehalten. Aus dem erstatteten Rechenschaftsbericht ging hervor, daß im Betriebsjahr 1865/66 38 Lokomotive, sowie sonstige Gegenstände für den Eisenbahn-Betrieb und für die Privatindustrie im Betrag von 1,600,000 fl. gefertigt wurden. Die Bilanz wies einen Reingewinn von 62,448 fl. 40 kr. nach, welcher nach dem Beschluß der Generalversammlung zur Deckung des Defizits des Vorjahres und zu Abschreibungen an den vorhandenen Einrichtungen verwendet wurde. Der vorsorglich auf die Tagesordnung der Generalversammlung gesetzte Antrag auf Aufnahme eines Prioritätsanlehens und auf eine Aenderung der Statuten konnte aufgegeben werden.

♀ Mannheim, 3. Dez. Der Geburtstag Ihrer Königl. Hoheit der Frau Großherzogin wurde gestern Abend durch Nachtmusik vor dem Kommandantschaftsgebäude und Zapfenstreich, heute durch Parademusik auf dem Schloßplatz gefeiert; das Offizierkorps des Dragonerregiments und des ersten Füsilierbataillons hielten heute gemeinsames Festmahl in den geschmückten Räumen der Infanteriekaserne.

Auch in hiesiger Stadt ist zum Besten des von der Diakonissenanstalt zu gründenden Kinderspitals eine Lotteriesammlung veranstaltet.

Die „Liedertafel", der älteste der hiesigen Männer-Gesangvereine, eröffnete vorgestern seine Winterunterhaltungen durch ein eben so besuchtes, als unter der Leitung des Hrn. Musikdirektors Hetsch trefflich ausgeführtes Konzert, welchem eine belebte Abendunterhaltung im „Großen Hirsch" folgte; morgen eröffnen die HH. Konine, Heidt und Genossen ihre Quartettunterhaltungen.

Eckardt's „Socrates" hatte bei seiner ersten Aufführung an hiesiger Bühne sehr günstigen Erfolg; der Dichter wurde nach dem 3. und 4. Akt gerufen.

Dr. Lorent ist aus Württemberg, wo er für den zweiten Theil seiner kirchlichen Bauten des Königreichs Württemberg historisches Material gesammelt, wieder hieher zurückgekehrt.

Offenburg, 30. Nov. (Oberrh. Kur.) Nachdem in der gestrigen Versammlung der Kreisabgeordneten der Antrag bezüglich der Errichtung einer Kreis-Armenanstalt nach längerer gründlicher Erörterung abgelehnt und für arme Augenkranke beschlossen wurde, sich mit einer Augen-Heilanstalt des Landes ins Benehmen zu setzen und mit dieser einen Vertrag wegen Festsetzung der Kosten abzuschließen, wurde die heutige Sitzung ausschließlich zur Berathung und Diskutirung des Straßengesetz-Entwurfs verwendet. Die Debatten waren sowohl im Allgemeinen wie bei Berathung der einzelnen Abtheilungen umfangreich und zeugten von einem gründlichen Studium des Entwurfs von Seite der Abgeordneten.

Während die Vertreter der Städte und größeren Landgemeinden mehr für als gegen Annahme des Gesetzes waren, war bei den Vertretern der kleinern Gemeinden und Bezirke gerade das Gegentheil der Fall. Im Allgemeinen war man der Ueberzeugung, daß die Gemeinden bei diesem neuen Straßengesetz schlechter als bisher wegkommen, und so lange diese Befürchtungen von Seite der Regierung nicht zu zerstreuen dadurch gesucht würde, daß sie auch ihre Pflichten genau präzisire, werde das Gesetz im Allgemeinen kein populäres werden. Es scheine eben, als ob die Regierung die Lasten von sich ab- und auf die Gemeinden wälzen wolle. Dieser Behauptung wurde jedoch von Seite des großh. Landeskommissärs und insbesondere von dem Hrn. Vorsitzenden unter Anführung verschiedener Beweise entschieden widersprochen; dagegen wurde von dem Vorsitzenden ein vermittelnder Vorschlag gemacht, der hauptsächlich deßhalb allgemein Anklang fand, weil solcher die meisten Befürchtungen wegen allzu großer Belastung einzelner Gemeinden und Bezirke für die erste Zeit bei Einführung des neuen Gesetzes zerstreute. Der Antrag lautet: Die Bitte zu Protokoll zu geben, daß die bisher zur Anlage oder Verbesserung von Seite der Regierung vorgemerkten, wegen Mangels an Mitteln aber noch nicht zur Ausführung gekommenen Straßenbauten nach nach dem bisherigen Gesetz behandelt werden sollen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hierauf wurde zur Berathung der einzelnen Abtheilungen geschritten, wobei einzelne im Entwurf aufgeführte Punkte eine wesentliche Aenderung erlitten, d. h. es wurden mehrere Punkte präziser gefaßt und dadurch verschiedene Auslegungen beseitigt. An den einzelnen Debatten betheiligten sich verhältnißmäßig sehr viele Abgeordnete, und dauerte die Verhandlung bis Abends 4 Uhr, wo dann das neue Straßengesetz im Entwurf bei der Abstimmung im Allgemeinen angenommen wurde.

Waldshut, 28. Nov. (Kreisversammlung.) In der Sitzung vom 27. d. kamen (wie theilweise schon erwähnt) folgende Anträge zur Verhandlung: Die Straßenwärter auf Kosten der Kreiskasse anzustellen und zu besolden, welcher Antrag durch Stimmenmehrheit bis zur Einführung des Straßengesetzes vertagt wurde; sodann wurde der Wunsch ausgesprochen, von der Errichtung eines Kreisarmenhauses Umgang zu nehmen, dagegen den bedürftigsten Gemeinden pro 1866/67 eine Unterstützung von 500 fl. aus der Kreiskasse zuzuweisen, welcher Antrag angenommen wurde; endlich erhielt der Antrag: die Kosten für Behandlung armer Augenkranken in der Heilanstalt des Professor Manz in Freiburg aus der Kreiskasse zu bestreiten, gleichfalls die Zustimmung der Kreisversammlung, womit die Sitzung geschlossen wurde. — Gestern beendigte die Versammlung ihre Sitzungen. Gegenstände der Berathung waren: 1) Der Straßengesetz-Entwurf. Derselbe erhielt die Zustimmung der Versammlung mit der Modifikation, daß die Staatsregierung $^3/_4$, Kreis und Gemeinden je $^1/_8$ der Kosten zu übernehmen hätten. 2) Die Errichtung der Winterschulen. Der Vorschlag auf Errichtung derselben wurde genehmigt. Als mindestes Alter wurde das 15. Lebensjahr, als Schulgeld 15 fl. bestimmt. Bei dieser Frage zeigte sich das Vorhandensein einer Opposition. Ministerialrath Eschbach, Pfarrer in Hochsal, hielt die Landleute für theoretisch gebildet genug, wollte keine weitere theoretische Ausbildung, namentlich nicht in Chemie, Physik, und ist deßhalb gegen Winterschulen, wie sie projektirt sind. Unterstützt wird er von Frhrn v. Schönau und den Abgeordneten aus dem Bezirk Säckingen; einer meinte sogar, man müßte ja seine Söhne wahrscheinlich weit fortschicken, da die Schule wohl nach Waldshut kommen würde. Diese Ansicht erhielt bei der Abstimmung nur 6 bis 7 Stimmen. 3) Die Porto-Aversen. Wurde dem Ausschuß zur Bearbeitung überwiesen. 4) Der Antrag, zur Verbringung armer Augenkranken in die Manz'sche Klinik in Freiburg mit letzterer einen Vertrag zu schließen, wird angenommen. 5) Die Rechnungsablegung, welche nach dem Vorschlag genehmigt wurde. — Mittags reiste Hr. Landeskommissär Renck nach Konstanz zurück, um der dortigen Kreisversammlung anzuwohnen. In warmen Worten verabschiedete er sich von den Abgeordneten, bei denen er den freundlichsten Eindruck hinterlassen hat.

Vermischte Nachrichten.

× Frankfurt, 3. Dez. Von einer Agitation für die bevorstehende Parlamentswahl war bei uns bis jetzt keine Spur zu merken. In auswärtigen Blättern war zwar von Hrn. v. Rothschild die Rede, der als Kandidat aufgestellt werden solle, aber der Vorschlag ist, bei aller Achtung vor dem Genannten, doch ohne allen Eindruck geblieben, und kann somit nur als Wunsch Vereinzelter angesehen werden. In der That ist hier aber augenblicklich ein ausgesprochener Mangel geeigneter Persönlichkeiten für das Parlament, und eben so groß wie dieser Mangel ist die durch alle Gesellschaftsschichten durchgehende Apathie. Diesem Mangel an einer geeigneten Persönlichkeit und dieser durch alle Klassen der Bevölkerung gehenden Gleichgiltigkeit glaubt nun eine Anzahl patriotischer Männer dadurch zu begegnen, daß sie demnächst öffentlich Hrn. Classen-Kappelmann in Köln als Kandidat vorschlagen will. Ihm, glaubt man, würden schon lediglich aus Dankbarkeit alle Stimmen zufallen, wobei man von politischen Sympathien und Antipathien ganz abstrahirt. — Die Konfiskation des gestrigen Hauptblatts des „Frankf. Journ." ist wirklich wegen der auszüglich mitgetheilten Rede Kuranda's auf Anordnung des Zivilkommissariats erfolgt.

— Mainz, 2. Dez. Hr. L. Bamberger, ein geborner Mainzer, der wegen seiner Betheiligung an den Ereignissen von 1848 und 49 Deutschland verlassen hat und seitdem in Paris lebt, und neuerlich für eine Abgeordnetenstelle zur großh. hessischen Zweiten Kammer in Vorschlag gebracht worden ist, hat eine Ansprache an die Wähler Rheinhessens gerichtet, der wir folgende Stelle entnehmen: „Auf der einen Seite steht jetzt ein deutscher Bund, der, wenn wir uns nicht starrsinnig unserem eigenen Wachsthum widersetzen, in Bälde das ganze Deutschland umfassen muß. Was aber steht auf der andern Seite? Etwas unendlich Schwächeres, Unvollkommeneres, Geringeres als selbst der vielgeschmähte deutsche Bund je gewesen. Drei bis vier kleine Staaten ohne jeden gesetzlichen oder übereinkunftsmäßigen Zusammenhang, ohne die Kraft, welche zu selbständiger Entwicklung unentbehrlich ist, und ohne jeden Anfang künftiger Verschmelzung. Statt eines Bundes, der bereits Dreiviertheile von Deutschland umfaßt, schlagen sie einen vor, der kaum ein Viertheil einschließen soll; statt eines Bundes, dessen Kräfte eben die Probe einer wunderbaren Lebensfähigkeit abgelegt haben, suchen sie einen Bund aus Bestandtheilen, welche mit ihrer Kopflosigkeit die Welt in Staunen setzen; statt eines Bundes, der ist, suchen sie einen Bund, der nicht ist. In Deutschland gibt es heuer nur eine Macht, und diese eine Macht ist Preußen. Man muß die Augen schließen, um Das nicht zu sehen, und nicht zu sehen, daß Preußen gezwungen ist, auf dem betretenen Wege fortzuschreiten. Von Preußens Aufgabe in Deutschland kann gelten, was einst der erste Konsul zum englischen Gesandten sprach, als dieser sich weigerte, die französische Republik anzuerkennen: „Anerkennen oder nicht. Sie ist wie die Sonne. Blind Der, welcher sie nicht sieht!" Preußen ist berufen, Deutschland in sich zu einigen, wie Piemont dazu berufen war für Italien. Das Schicksal Deutschlands ist tausendfach festgeschmiedet an das Schicksal Preußens, ob's uns gefalle oder nicht. Wollt Ihr frei werden, so helft Preußen frei machen. Alles Andere ist verlorene Mühe. Und um an Preußens Befreiung mitzuarbeiten, dazu müsset Ihr in die Gemeinschaft des Bundes mit ihm eintreten und die Hand ans gemeinsame Werk mit anlegen."

— Hannover, 2. Dez. Geh. Regierungsrath Maybach, bisher Direktor der Ostbahn, ist zum Generaldirektor der hannover'schen Staatsbahnen ernannt worden.

— Breslau, 1. Dez. Heute wurde am Neubau des aus dem Schutt des großen Brandes wieder erstandenen Stadttheaters die Richtfeier begangen.

— F.Z.M. Ritter v. Benedek hat seinen bisherigen Aufenthaltsort Graz verlassen und sich nach Pesth begeben.

Karlsruhe, 4. Dez. (Großh. Hoftheater.) Zur Feier des Geburtstages Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin ging gestern Abend erstmals die romantische Oper „Astorga", Dichtung von Pasqué, Musik von J. J. Abert, in Szene. Zahlreiche Kunstfreunde von auswärts, zumal von Stuttgart, sowie die Vertreter verschiedener deutschen Bühnen — namentlich derer von München und Mannheim — hatten sich eingefunden. Die Aufführung des in mancher Beziehung sehr schwierigen, musikalisch wie szenisch vielfach auf äußern Glanz angelegten Werkes war, einige bei einer ersten Aufführung kaum zu vermeidende gesangliche Schwankungen abgerechnet, im Ganzen würdig und in Einzelheiten vortrefflich. Ueber die Aufnahme von Seiten des Auditoriums ist nichts zu berichten, da bei derartigen Festvorstellungen äußerer Beifall nicht gespendet wird. Der Komponist wohnte der Aufführung seines Werkes bei. Wir werden auf dasselbe zurückkommen. Das Haus bot in der festlichen Beleuchtung und bei der Mannichfaltigkeit der Toiletten einen glänzenden Anblick. Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin wurde von dem Publikum enthusiastisch begrüßt und spendete huldreichen Dank.

Nachschrift.

Berlin, 3. Dez. (W. T.-B.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beantragten der Abg. Becker und Genossen in einem Amendement, die Regierung aufzufordern, den Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung Lauenburgs mit dem preußischen Staatsgebiet, oder einen derartigen Zusatz zum Gesetzentwurf über die Einverleibung der Elbherzogthümer, gemäß Artikel 2 der Verfassung, vorzulegen.

Rom, 3. Dez. (Sch. M.) Das 85. Regiment ist diesen Morgen aufgebrochen, auf dem Weg nach Frankreich zurück. Der (offiziöse) „Beobachter" erklärt die Nachricht für unbegründet, daß der Papst die Initiative zu neuen Verhandlungen mit der italienischen Regierung über religiöse Angelegenheiten ergriffen habe. Der Papst werde niemals sein Ohr Vorschlägen verschließen, die der Religion günstig seien, aber nach Dem, was bezüglich der religiösen Angelegenheiten geschehen, sei es nicht mehr am Papst, die Initiative zu ergreifen. (Die Bereitwilligkeit, auf Vorschläge einzugehen, ist damit deutlich ausgesprochen.) — Das Journal von Neapel zeigt an, daß in Folge von Weisungen, die der Polizeichef von Neapel ertheilte, zu Alexandria in Aegypten Surat, einer der Mörder Lincoln's, verhaftet worden ist.

---

w. Mannheim, 3. Dez. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, eff. hies. Gegend 200 Zollpfd. 16 fl. 15 G., 16 fl. 30 P., ungarischer 14 fl. 45 G., 16 fl. 15 P., auf Lieferung pro März 16 fl. 15 G., 16 fl. 30 P., fränkischer — fl. — G., — fl. — P. — Roggen, eff. 11 fl. 30 G., 11 fl. 45 P. — Gerste, eff. hies. Gegend, neue, 11 fl. 15 G., 11 fl. 30 P., württemb. 11 fl. 15 G., 11 fl. 20 P., Pfälzer I. — fl. — G. — Hafer, eff. neuer, 100 Zollpfd. 4 fl. 20 G., 4 fl. 30 P. — Kernen, eff. 200 Zollpfd. 16 fl. 15 P. — Oelsamen, deutscher I. Kohlreps, — fl. — G., — fl. — P., ungarischer Kohlreps, — fl. — G., — fl. — P. — Bohnen, 14 fl. — G., 14 fl. 30 P. — Linsen 14 fl. bis 25 fl. P. — Wicken 10 fl. 30 G., 11 fl. P. — Erbsen 11 fl. 45 bis 12 fl. — P. — Kleesamen, deutscher I. 31 fl. 30 G., 32 fl. — P., — II. 30 fl. 30 P., Luzerner 27 fl. bis 28 fl. P. — Esparsette 7 fl. 15 P. — Oel: (mit Faß) 100 Zollpfd. Leinöl, eff. Inland in Parthien 25 fl. 15 P., faßweise 25 fl. 15 G., 25 fl. 30 P., Rüböl, eff. Inland, faßweise 25 fl. 45 G., 26 fl. — P., in Parth. 25 fl. 30 G., 25 fl. 45 P., auf Lieferung pro Dez. 26 fl. 30 P. — Mehl 100 Zollpfd.: Weizenmehl, Nr. 0 12 fl. 45 G., 13 fl. — P., Nr. 1 12 fl. — G., 12 fl. 30 P., Nr. 2 11 fl. — G., 11 fl. 30 P., Nr. 3 9 fl. 30 G., 10 fl. — P., norddeutsches im Verhältniß billiger. Roggenmehl, Nr. 0 — 1 Stettiner, 9 fl. 15 G., 9 fl. 30 P. — Branntwein, eff. (50 % n. Tr.) trans. (150 Lit.) 23 fl. — G., 24 fl. — P. — Sprit, 90%, trans., — fl. — G., — fl. — kr. P. — Petroleum in Parthien verzollt, nach Qualität 15 fl. 30 G., 16 fl. — P. — Mohnöl — fl. G., — fl. P.

Weizen und Roggen fest und höher bezahlt; Gerste unverändert; Hafer etwas angenehmer, Umsätze bedeutend; Mehl im Preise steigend; Reps schwach begehrt; Kleesamen ruhig; Rüböl und Leinöl in kleinen Posten Umsatz zu notirten Preisen; Petroleum flau.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

3 Dez.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 11,66'''	+ 2,5	S.O.	ganz bew.	trüb, dunstig, naß
Mittags 2 „	„ 11,73	+ 5,0	S.W.	stark „	„ frisch, naß
Nachts 9 „	„ 11,80'''	+ 4,5	„	ganz „	„ „ „

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Theater in Baden.

Mittwoch 5. Dez. **Griseldis**; dramatisches Gedicht in 5 Akten, von Friedrich Halm.

Die Kunst des Klavierspiels.

Die bekannten und bewährten Studienwerke für den Klavierunterricht von **Louis Köhler** und **J. Vogt** (Leipzig, Verlag von Bartholf Senff) liegen in neuen Auflagen vor, einer Empfehlung bedürfen diese unentbehrlichen Hilfsmittel nicht mehr, da ihre Einführung in den ersten Konservatorien und Musikinstituten, in Leipzig, Berlin, Wien, St. Petersburg 2c., an deren Spitze Männer wie Moscheles, Anton Rubinstein, Jul. Stern, Theodor Kullak, Hellmesberger, Adolf Henselt 2c. stehen, jede weitere Anpreisung überflüssig macht. Es seien daher hier nur die verschiedenen Hefte namhaft gemacht. Von **Louis Köhler** sind es: „Die ersten Etuden für jeden Klavierschüler" Op. 50. „Heitere Vortragsstudien für den Klavierunterricht" Op. 47. „Der erste Fortschritt. 24 kleine Vorspielstücke für jeden Klavierschüler" Op. 79. „Spezial-Etuden für den Klavierunterricht" Op. 112. Zwei Hefte. „Neue Geläufigkeitsschule zur Uebung im brillanten Passagenspiel für den Klavierunterricht" Op. 128. Zwei Hefte. — Von **J. Vogt**: „Klavier-Etuden für den täglichen Gebrauch" Op. 66, 67. Zwei Hefte.

Danksagung.

Z.p.779. Karlsruhe. Für die große, innige Theilnahme während des Krankenlagers unseres unvergeßlichen Gatten und Vaters, des großh. bad. Hofkapellmeisters Joseph Strauß, sowie für die zahlreiche, ehrenvolle Betheiligung am Trauerzug, für die tiefergreifende und erhebende Trauermusik und Grabgesang sprechen wir allen Betheiligten, sowie jenen Vereinen, Abordnungen und Freunden, welche von auswärts eintrafen, den theuern Dahingeschiedenen zur letzten Ruhestätte zu geleiten, unsern aufrichtigsten, innigsten Dank aus.

Karlsruhe, den 3. Dezember 1866.

Die Hinterbliebenen.

Z.p.780. Karlsruhe.

C. Wolff's Bangeschäft

liefert

franco Karlsruhe, Baden, Pforzheim ꝛc.

den badischen Quadratfuß:

massiveichen Parquet, 8''' stark, zu 17 kr.,
massiveichen Riemen, 4" breit, 9''' stark, auf Nuth und Feder sauber gearbeitet, zu 18 kr.,
böhmische fichten Riemen, 4" breit, 9''' stark, auf Nuth und Feder gearbeitet, zu 9½ kr.,
ohne Nuth und Feder glatt gefügt zu 9 kr.

Lehrlingsgesuch.

Z.p.691. Ein junger Mann findet auf Weihnachten oder Ostern als Lehrling eine Stelle in einem Leder-, Detail- und En-gros-Geschäft in einer Stadt des Mittelrheinkreises.

Offerten nimmt die Expedition der Karlsruher Zeitung entgegen.

Stellegesuch.

Z.p.606. Ein junger, mit den besten Zeugnissen versehener Kaufmann aus einer guten deutschen Familie, z. Z. in Belgien in einer Spitzenmanufaktur placirt, sucht in Deutschland eine Stelle als Buchhalter und Korrespondent. Gef. Anfragen beliebe man unter J. No. 3. an die Expedition dieses Blattes einzusenden.

Z.p.701.

Rastatt.

Bei Bierbrauer **Kolb** hier ist ein Pferd, brauner Wallach, schwerer Schlag, 4½ Jahre alt und fehlerfrei, wegen Geschäftsveränderung zu verkaufen.

Locomobile.

Z.p.703. **Mannheim. Ich suche sogleich auf einige Monate eine Locomobile zu miethen.**

Heinr. Propfe
in Mannheim Z 6. No. 3.

Eisenbahn- und Telegraphen-Station Heidelsheim.

Ganz gut kochende **Erbsen, Linsen** und **Bohnen** billigst bei

Z.p.581. **J. Fr. Schäfer.**

Z.p.721. Karlsruhe.

Punschsyrope

von

Johann Adam Roeder

in

Düsseldorf-Cöln,

auf allen Ausstellungen mit I Preismedaille gekrönt und allseitig als die **feinsten** anerkannt, empfiehlt

C. Arleth,
großh. Hoflieferant.

Z.p.536. Wien.

Für Raucher

und Diejenigen, die Rauchern ein Präsent machen wollen.

Wiener

ächte Meerschaum-Cigarrenspitzen mit Bernstein, à 1 fl., 1½ fl., 2 fl., 3 fl., 3½ fl. — 25 fl.,
ächte Meerschaumpfeifen mit **türkischem** Rohr, à 2½ fl., 3 fl., 4 fl., 5 fl. — 20 fl.
Rauchnecessaires, 1 echte Meerschaum-Cigarrenspitze, Meerschaumpfeife und Tschibuk enthaltend, in **elegantem** Etui, 5 fl. — 30 fl.

Alle Artikel liefere mit Namen oder Monogramm.

Für **Turn-, Schützen-** und andere **Vereine** gleichmäßige Cigarrenspitzen **mit dem Vereinszeichen** billigst, gegen Postnachnahme oder Voraussendung des Betrags.

Ph. Fromm,
Fabrikniederlage Galvagnihof
Wien.

Z.p.653. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt die frisch angekommenen — schönen **Fruits confits** von Clermond Ferrand, — in Schachteln assortirt, wie offen, als: **Angéliques, Abricots, Reineclaudes,** Birnen, **Kirschen, Chinois, frische Tafelfeigen, Neapolitaner** und **Kranzfeigen, Malaga-Rosinen, Tafelmandeln, Sultanini, Prunes** d'Agen ꝛc., ganz **schöne span.** Orangen und Messiner Zitronen.

Z.p.769. Nr. 320. Mannheim.

Pferde-Versteigerung.

Am Donnerstag den 6. Dezember d. J., Vormittags 9 Uhr, werden im Schloßhofe bei den Dragonerstallungen dahier

2 bisher verstellte Militär-Zugpferde gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Mannheim, den 3. Dezember 1866.

Verrechnung
des großh. bad. (1.) Leib-Dragonerregiments.
Kamm.

Z.p.740. Nr. 835. Berghausen. (Holzversteigerung.) Mit Borgfrist werden die nachbenannten Hölzer in Domänenwaldungen versteigert, und zwar

im Distr. Rittnert von Windfällen ꝛc.,
bis Montag den 10. d. M.:

1 forlener und 2 tannene Sägstämme, etwa 20 tannene Baustämme, 6 Klftr. buchene und 1 Klftr. eichene Scheiter, 5¼ Klftr. buchene und gemischte Prügel, 2 Klftr. Stockholz und 150 Stück Wellen;

im Distr. Hohberg bei Wöschbach,
bis Dienstag den 11. d. M.:

1 Wagner-Eichstämmchen, 36½ Klftr. buchene Scheiter, 5½ Klftr. buchene und 36 Klftr. aspene und gemischte Prügel und 2825 Stück buchene und gemischte Wellen;

im Distr. Schlohberg,
bis Mittwoch den 12. d. M.:

2 Wagnereichen und 2 forlene Baustämme, 20¼ Klftr. buchene und 1¼ Klftr. eichene und gemischte Scheiter, 7¼ Klftr. buchene und gemischte Prügel, 1½ Klftr. Stockholz, 450 Stück Wellen und 1 Loos Schlagraum.

Die Zusammenkunft ist je Morgens 9 Uhr, und zwar am 10. beim Rittnertshof, am 11. auf dem Kreuzweg und am 12. im Schlag.

Berghausen, den 1. Dezember 1866.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Gamer.

Z.p.742. St. Leon. (Forlenzapfen-Versteigerung.) Wir versteigern Montag den 10. d. M., Vormittags 10 Uhr, im hiesigen Löwenwirthshause das diesjährige Ergebniß an Forlenzapfen aus unserm Domänenwald.

St. Leon, den 1. Dezember 1866.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Hamm.

Z. o. 391. Nr. 12,838. Donaueschingen. (Warnung.) Bei dem Brande im Hause des Joh. Reichmann zu Wartenberg sollen auch zwei dem Friedrich Fritz von Lindorf gehörige, von der Waisen- und Sparkasse Donaueschingen ausgestellte Scheine über dessen Einlagen, der eine vom 27. November 1858, Nr. 846, über 20 fl., der andere vom 31. Mai 1862, Nr. 4720, über 80 fl., verbrannt sein.

Auf Ansuchen des Friedrich Fritz wird gemäß § 691 der Pr O. vor dem Erwerb dieser Scheine gewarnt.

Donaueschingen, den 30. November 1866.

Großh. bad. Amtsgericht.
Wolfinger.

Z.o.335. Nr. 6564. Gengenbach. (Urtheil.) J. U. S. gegen Soldat Willibald Isenmann von Oberharmersbach wegen Desertion wurde der Angeklagte auf gepflogene Hauptverhandlung der Desertion für schuldig erklärt und unter Vorbehalt seiner persönlichen Bestrafung in eine Geldstrafe von 1200 fl. und zu den Kosten verurtheilt. Dies wird dem abwesenden Angeklagten hiermit eröffnet. Gengenbach, den 24. November 1866. Großh. bad. Amtsgericht. Pfeiffer.

Z.p.733. Konstanz. (Dekopist-Gesuch.) Gesucht wird auf 1. Februar k. J. ein gewandter Dekopist. Gehalt: 400 fl.

Konstanz, den 1. Dezember 1866.

Großh. Obereinnehmerei.
Blödt.

Z.p.778. Bei **F. W. Grunow** in **Leipzig** erschien neu und ist in allen Buchhandlungen und Leihbibliotheken vorräthig:

Erlebnisse eines Arztes von Dr. L. D. Mund.

2 Abtheilungen à 2 Bände. Preis 4 Thlr.

Inhalt: Bestimmung des Berufes. Aus der Studienzeit. Beginn der Praxis. Die Prophezeiung. Der Geisteskranke. Ein Verschwender. Der geheimnißvolle Patient. Rasch tritt der Tod den Menschen an. Säuferwahnsinn. Folgen eines Rezeptes. Ahnungen. Noth lehrt Beten. Die Badekur. Arm und reich. Der Orgelbauer. Unter der Erde. Der Vormund. Die magnetische Kur. Im Petersburger Keller. Ein nicht Jedermann zu rathendes Verschönerungsmittel. Die Novelle.

Dem Lesepublikum wird der Erzähler, der sich durch tiefes Wissen, große Frömmigkeit und wohlwollendste Menschenliebe auszeichnet, schnell lieb und theuer werden.

Z.p.786. Karlsruhe.

Anzeige.

Unter Heutigem habe ich die Ehre anzuzeigen, daß ich einen Theil meines

Waarenlagers,

bestehend in nur selbstfabrizirten Möbeln im antiken Styl, Styl Ls. XV. und XVI. von **Rosenholz, Palisander, Mahagony** und **Nußbaum** u. s. w., in meinen **Neubau, Friedrichsplatz Nr. 1,** verlegt habe.

C. Hasslinger,
Hoftapezier und Möbelfabrikant.

Z.p.602. **Als passende Weihnachtsgeschenke**

eignen sich die Pfeifenköpfe und Cigarrenspitzen aus **plastisch poröser Kohle.** Dieselben haben die Eigenschaft, die **überaus schädlichen und übelschmeckenden Bestandtheile des Tabaks** (Nicotin, Ammoniac ꝛc.) zu absorbiren, ohne den Genuß des Rauchens zu beschränken. Neben **größter Eleganz** sind diese Köpfe und Spitzen **äußerst billig,** und vorräthig in **Karlsruhe** bei **V. Klinger** und bei **Jos. Weber.**

Z.p. 745.

Neueste Mailänder Stadt-Anleihe,

genehmigt durch königl. Dekret vom 11. März 1866 von 7,500,000 Franken, eingetheilt in

750,000 Obligationen von Frs. 10 jede,

und rückzahlbar mit

14,300,000 Franken,

vermittelst vierteljähriger Verloosungen und Prämien von **Frs. 100,000 — 50,000 — 30,000 — 10,000 — 1000 — 500 — 100 — 50** und **Frs. 20.**

Die erste Ziehung findet statt am 16. Dezember 1866.

Die Unterzeichneten, allein für Deutschland mit dem Verkauf besagter Anlehensloose von den Unternehmern beauftragt, erlassen das Loos — nebst Plan — zu dem Subscriptionspreise von

Frs. 10 = fl. 4. 40 kr. oder Thlr. 2. 20 Sgr.

Bei Abnahme von **25 Stück** wird **ein Loos gratis** und bei Abnahme von **100 Stück 5 Loose gratis** gegeben.

F. C. Fuld & Co., Bank- u. Wechselgeschäft in Frankfurt a. M.

Die preuß. Hypothekenversicherungs-Aktien-Gesellschaft

garantirt die Sicherheit von Hypotheken und den pünktlichen Eingang der Zinsen.

Mannheim und Ludwigshafen a. Rh., im Oktober 1866.

Die Subdirektion für Baden und die bair. Pfalz:
S. Lederle.

NB. Offerten zur Uebernahme von Agenturen werden entgegengenommen. Z.n.980.

Z.n.317. **Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.**

Direkte **Post-Dampfschifffahrt** zwischen

Hamburg und New-York,

eventuell **Southampton** anlaufend, vermittelst der Post-Dampfschiffe

Allemannia, Capt. **Trautmann,** am **8. Dezbr.,**
Saxonia, „ **Meier,** „ **22. Dezbr.,**
Germania, „ **Ehlers,** am **5. Jan. 1867,**
Hammonia (im Bau).

Teutonia, Capt. **Haack,** am **19. Jan. 1867,**
Allemannia, „ **Trautmann,** am **2. Febr. 67,**
Borussia, „ **Schwensen,** „ **16. Febr. 67.**
Cimbria (im Bau).

Passagepreise: Erste Kajüte Pr. Crt. **Thlr. 150,** Zweite Kajüte Pr. Crt. **Thlr. 110,** Zwischendeck Pr. Crt. **Thlr. 60.**

Fracht bis auf Weiteres ermäßigt auf **Pfd. St. 2. 10** pr. ton von 40 hamb. Kubikfuß mit 15% Primage.

Näheres bei dem Schiffsmakler **August Bolten,** Wm. Miller's Nachfolger, Hamburg, und dem **Central-Expeditions-Bureau** von **Walter, Reinhardt & Müller** in **Mannheim.**

Z.n.309. Karlsruhe.

Nach New-York

jede Woche **zweimal** per Dampfboot zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Rabus & Stoll in Mannheim.
Franz Perrin Sohn in Karlsruhe.

Z.p.770.

Tabak feil!

In der Gemeinde Urloffen bei Appenweier lagert gegenwärtig eine große Parthie ausgezeichneter Tabake. Da dieser Artikel in diesem Ort für auswärtige Händler noch unbekannt ist, weßhalb sich nur wenige Abnehmer zeigen, so zeigen wir es öffentlich an, daß die Herren Tabakhändler einen ordentlichen Preis und schöne Waare finden werden.

Z.p.781. Freiburg i. B.

Ein Gut

von 36 Morgen (darunter 3 Morgen meist junge Reben von edeln Sorten), reizend gelegen, in der Nähe von Freiburg i. B. (Großh. Baden), ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Gef. Anfragen um weitere Auskunft wollen frankirt adressirt werden: E. B. 4 poste restante Freiburg i. B.

Frankfurt, 3. Dez. 1866. Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Preuß.	5% Obl. b. Rothsch.	— —	Luxbrg.	4% do. à 105kr. b. E.	80¼ P.
„	4½% do.	98½ G.	Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —
„	4% do.	— —	„	5% do. 1852 i. Lst.	63⅝ G.
„	3½% Staatssch.	— —	„	5% do. 1859 „ „	59⅛ P.
Frankf.	3½% Obligation.	81½ P.	„	5% do. 1864 „ „	59 P.
„	3% dto.	72¾ P.	„	5% Met. i. Slb. b. B.	61 G.
Nassau	4½% Obl. b. Rothsch.	95⅛ P.	„	5% Nat.-Anl. 1854	50⅝ bez.
„	4% do.	87½ G.	„	5% Met.-Obligat.	44 P.
„	3½% do.	82⅞ P.	„	5% do. 1852 C. b. R.	— —
Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	— —	„	4½% Met.-Obligat.	38½ P.
Bayern	5% Obligationen	99⅛ P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	— —
„	4½% 1jährig	94¾ b. G.	Finnld.	4½% Ob. i. R. à 105	— —
„	4½% ½jährig	94⅞ b. G.	„	4½% Pfdb. i. R. à 105	— —
„	4% 1jährig	90¼ P.	Span.	3% inl. Schuld	— —
„	4% ½jährig	90¼ P.	„	2½% Schuld	— —
„	4% Ablöj.-R.	90½ P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	99 G.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rothf.	94½ P.	Italien	5% Lomb. i. S. b. R.	79 G.
„	4% do.	— —	„	5% Venet. C. b. R. 6/7	68 G.
„	3½% do.	— —	Schwd.	4½% Obligation.	83¼ P.
Baden	4½% Obligation.	92¾ P.	„	4½% do. i. L. à 12 fl.	82⅞ G.
„	4% do.	88⅝ P.	„	4½% Pfbf. i. R. à 105	83¼ P.
„	3½% do. v. 1842	82¾ P.	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	97⅛ G.
G. Hess.	4% Obligation.	91⅛ G.	„	4½% Bern. Std.-O.	92½ G.
„	3½% do.	— —	„	4% do.	— —
Oldnb.	4% Obligation.	— —	„	5% Gf. St.-O. Fr. 28	— —
Brschw.	3½% Ob. b. R. à 105	— —	N.-Am.	6% St. i. D. r. 1881	76½ P.
Luxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	79¼ G.	„	6% do. r. 1882	75 bez. G

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	130¼ P.	4% Hess. Ludwigsbahn	130¼ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	643 G.	3% Oester. St.-Eisenb.-Prior.	47¾ G.
5% „ Cred. A. i. O. W.	137 bez	3% Oestr. Süd. St. u. Lom. E. B.	45 P.
5% Pfdbr. d. österr. Cred.-A.	90⅝ G.	3% Liv. E. D. & D. Fr. à 28 kr.	32½ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	— —	5% Tosc. Centr.-Eisnb. Prior.	51⅞ P.
4% Pfandbr. d. bayr. Hyp.-B.	90⅞ P.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-Ob.	— —
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	211 G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	— —
4% Weimar. Bank-Aktien	— —	Frkft. Rückvers.-A. 10% „	— —
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	93¾ G.	4% Frkf. Provident. 20% „	— —
4% Luremb. Bank-Aktien	— —	Frkf. Hypothekenbk. 25% „	— —
Rhein-Nahe-Bahn Thlr. 200	— —	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	70 bez. G.
Taunusbahn-Aktien à fl. 250	338 P.	5% do. neueste Emiss. „	65 G.
3½% Frankf.-Han.-Eisnb.-A.	109¼ P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. „	74 G.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	5% Galiz. Carl Ldwb.-Pr. O. „	78½ P.
4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-Bk.	— —	5% Schweiz. C. P. b. R. à 28 kr.	— —
5% Oesterr. Staats-Eisenb.-A.	— —	4½% Hess. Ludwigsb.-Prior.	94¾ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. ⅝	101½ P.	5% Oestr. Lld. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
5% Böhm.-Westb.-Akt. fl. 200	— —	5% „ „ 2. „ „ „	70 P.
4% Ldwb.-Berb. Eisenbahn	152 P.	4½% Ludwh.-Berb. Pr.-Obl.	98 P.
4% Neustadt-Dürkheimer	88⅛ P.	4% „ „ „	88⅛ P.
4½% Pf. Marbahn b. Rothf.	104½ P.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	— —
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	115⅞ b. G.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	115⅞ G.

Anlehens-Loose.

3½% Preuß. Pr.-A.	— —
Kurh. 40 Thlr. L. b. R.	— —
Nass. 25-fl.-L. b. R.	35½ P.
4% Bayr. Präm.-A.	95¾ P.
Bad. 35-fl.-Loose	51¾ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	145 P.
„ 25 fl. „ „ „	38¼ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	10⅜ P.
Oest. 250 fl. b. R. 1839	— —
„ 250 fl. „ 1854	57½ G.
„ 100 fl. Pr. L. 1858	118 bez.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	63⅛ bez.
„ 100 fl. v. 1864	66 G.
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¾ P.
Sard. 36-Fr.-L. b. R.	— —
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	28½ bez.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	— —
3% Bordeaux 100 Fr.	83 G.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	100¾ G.
Antwerpen	„	94¼ G.
Augsburg	„	100 B.
Berlin	„	105⅛ B.
Bremen	„	97¼ B.
Brüssel	„	94¼ G.
Cöln	„	105⅛ B.
Hamburg	„	88½ G.
Leipzig	„	105 B.
London	„	119 B.
Mailand	„	— —
München	„	100 B.
Paris	„	94½ bez
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	k. S.	91⅜ G.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Preuß. Cassch.	fl.	1 44⅞-45⅛
Preuß. Frd'or.	„	9 56½-57½
Pistolen	„	9 42-44
„ doppelte	„	9 43-45
Holl. fl. 10 St.	„	9 48 50
Rand-Ducat.	„	5 34-36
20-Frankenst.	„	9 25½-26½
Engl. Sover.	„	11 48-52
Russ. Imper.	„	9 43-45
Gold pr. Zpfd.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	— —
Rand-20r.	„	— —
Hb. Silb. p. Zpfd.	„	— —
Doll. in Gold	„	2 26-27

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)